

Medienmitteilung betreffend der vom ETH-Rat geplanten Studiengebührenerhöhung an den beiden ETH

Zürich, 10. Januar 2018

Wir sind kein Spielball der Politik!

Für den VSETH
Lukas Reichart
Präsident
044 632 57 07

Am 27. September 2017 hat der ETH-Rat beschlossen, die Studiengebühren an der EPF Lausanne und der ETH Zürich um CHF 500 auf CHF 1660 pro Jahr erhöhen zu wollen. Der VSETH, als offizielle Vertretung aller Studierenden an der ETH Zürich, lehnt dies vehement ab. Der ETH-Rat hat den Schritt nicht ausreichend durchdacht und ist sich der Konsequenzen nicht bewusst.

Der VSETH hat eine umfassende Umfrage unter allen Studierenden an der ETH Zürich durchgeführt [1]. Mit einer Rücklaufquote von über 25% ist diese sehr aussagekräftig. Aus den Resultaten ist ersichtlich, dass über 70% der Studierenden die geplante Erhöhung ablehnen. Dies, obwohl die Mehrheit der Studierenden Studiengebühren grundsätzlich gutheisst. Weiter zeigt die Umfrage, dass Erwerbstätigkeit neben einem ETH-Studium kaum möglich ist - im Durchschnitt wenden die Studierenden circa 50 Stunden pro Woche für ihr Studium auf. Dies entspricht deutlich mehr als einem Vollzeitjob.

Eine Erhöhung der Studiengebühren um 43%, wie sie der ETH-Rat beabsichtigt, wäre eine grosse Belastung für die Studierenden, welche in keinem Verhältnis zum finanziellen Nutzen für die ETH steht. Die Erhöhung würde nur 0.3% des Gesamtbudgets der ETH betragen. Höhere Studiengebühren würden zu weniger Einschreibungen führen, insbesondere von finanziell schwächeren Studierenden [2], was sozial bedenklich und wirtschaftlich unvernünftig wäre. Die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte ist eine der wichtigsten Aufgaben der beiden ETH [3]. Dies sichert die Unabhängigkeit des Wirtschafts- und Bildungsstandorts Schweiz.

Nach Analyse der Sachlage wird klar ersichtlich, dass das Vorhaben des ETH-Rats in erster Linie politisch motiviert ist. Aktuelle Diskussionen in den politischen Kammern auf nationaler Ebene zeigen, dass dies ein riskanter Schachzug mit unklarem Ausgang ist. [4]. Es ist töricht und inakzeptabel, die Studierenden als Spielball der Bundespolitik zu missbrauchen.

Das Vorhaben des ETH-Rats untergräbt die Chancengleichheit und ist politisch fraglich. Aus diesen Gründen fordert der VSETH vom ETH-Rat, auf die geplante Studiengebührenerhöhung zu verzichten.

Der VSETH hat sich umfassend mit dem Thema beschäftigt und Ende Dezember seine Stellungnahme eingereicht [5]. Basierend darauf ist diese Medienmitteilung entstanden. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

[1] https://vseth.ethz.ch/wp-content/uploads/VSETH_Auswertung.pdf

[2] <https://vseth.ethz.ch/wp-content/uploads/2015/09/PresseberichtAuswertungStudiengebuehrenUmfrage.pdf>

[3] <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19910256/index.html>

[4] <https://www.24heures.ch/val-de-romandie/lausanne-region/bras-fer-taxe-etudes/story/17238701> , <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=41808> , <https://www.nzz.ch/schweiz/strafaktion-gegen-die-eth-ld.1335760>

[5] Vernehmlassungsantwort VSETH, Dezember 2017